

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Beratung des Antrags der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Dr. Karl-Heinz Hornhues, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Dr. Christian Ruck, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Dr. Burkhard Hirsch, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schübler, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksachen 12/851, 12/1995 —

Ein Beitrag zu Frieden und Entwicklung durch Regionalpolitik im südlichen Afrika

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung wird wie folgt geändert:

In Nummer II werden nach Nummer 2.10 die folgenden Nummern 3 bis 8 angefügt:

- „3. ihre Politik nicht allein auf die Konsolidierung von Fortschritten in Strukturanpassungsprogrammen zu beschränken, sondern gezielt ihre Entwicklungs-, Wirtschafts- und Außenpolitik in Abstimmung mit den anderen europäischen Partnern fortzuentwickeln, indem sie auf die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes im südlichen Afrika hinwirkt;
4. Strategien zu entwickeln, die eine auf Dauer tragfähige, wirtschaftlich produktive, sozial gerechte und menschenwürdige Entwicklung fördern;
5. schrittweise und unter Prüfung des Demokratisierungsprozesses und der Maßnahmen zur Abschaffung der Apartheid in der Republik Südafrika die verhängten Sanktionen aufzuheben;

6. darauf Einfluß zu nehmen, daß Einstellungen, Prioritäten und Anreize in den Ländern im Hinblick auf ökologische, innen- und außenwirtschaftliche Aspekte geändert werden, d. h. Landwirtschafts- und anderen Betrieben Möglichkeiten aufzuzeigen, ökologisch und effizient und vor allem für den Bedarf in der Region zu produzieren: Zu diesem Zweck muß auf einen schnellen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT gedrängt und die Weltwirtschaftsordnung neu strukturiert werden;
7. verstärkt die Menschen vor Ort an der Planung, Durchführung und Fortentwicklung von Entwicklungsprogrammen zu beteiligen;
8. den Demokratisierungsprozeß in der Region – vor allem in Südafrika – durch verstärkte Alphabetisierungs-, Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die farbigen Bevölkerungsteile zu unterstützen.“

Bonn, den 11. März 1992

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes im südlichen Afrika erfordert die Änderung der bisherigen Strukturanpassungsprogramme.

Erfahrungen aus der Entwicklungspolitik zeigen, daß eine zielgerichtete und effektive Entwicklungspolitik nur möglich ist, wenn es Strukturen gibt, die eine koordinierte und gerechte Politik ermöglichen. Ein Wirtschaftsraum südliches Afrika mit entsprechenden Organen und Einrichtungen wäre darum im Interesse deutscher Entwicklungspolitik.

Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung im südlichen Afrika ist, daß neben Strukturreformen in den Industrieländern und in der Weltwirtschaft interne Reformen der politischen und rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in den Staaten durchgeführt werden.

Durch die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der weißen Regierung Südafrikas, dem African National Congress und Inkatha ist die Abschaffung der Apartheid und die Gründung eines freiheitlich-demokratischen Staates, in dem alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt sind, in greifbare Nähe gerückt. Dieser Prozeß sollte durch finanzielle Hilfen, insbesondere im Bildungsbereich – zugunsten der schwarzen Bevölkerung –, in gleicher Weise wie es die EG seit 1990 praktiziert, unterstützt werden.

Die geographische Lage und die politische Situation in den Ländern dieser Region, deren Staatsgrenzen nicht identisch mit Sprach- und Kulturgrenzen sind, bergen die einmalige Chance, in der Region des südlichen Afrikas einen Wirtschaftsraum zu schaffen, der die ökonomischen Probleme, die keiner der Staaten aus sich selbst heraus lösen kann, in Angriff zu nehmen und freiheitlich-demokratische Regierungssysteme zu festigen.

